



Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie auch in den letzten Tagen Post der CDU-Landtagskandidaten bekommen? Oder haben Sie davon in der Presse gelesen? Die vier Herren von der CDU versuchen mit ihrem Brief, Stimmung gegen die Politik der rot-grünen Landesregierung von Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann zu machen. Dieser Brief enthält falsche Behauptungen, die wir als Landtagskandidatinnen und –kandidaten von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht unwidersprochen stehen lassen wollen.

Worum geht es bei dem in dem Brief angesprochenen Sachverhalt? Die rot-grüne Landesregierung hat gemeinsam mit der FDP im Landtag den Stärkungspakt Stadtfinanzen auf den Weg gebracht. Damit soll den Städten und Gemeinden, die finanziell vor dem Zusammenbruch stehen, ein Weg in eine Zukunft eröffnet werden, in der sie wieder aus eigener Kraft wirtschaften können. Diese Hilfe ist wichtig. Auch die CDU hat im Landtag Hilfen für die Kommunen gefordert; sogar noch höhere Hilfen, als SPD, Grüne und FDP mit Blick auf den Landeshaushalt für vertretbar gehalten haben. Klar ist: Die konkrete Finanzierung wird erst mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2014 geregelt.

Die CDU in Düsseldorf behauptet nun, SPD und GRÜNE wollten unsere Stadt pro Jahr mit rund 28 Mio. Euro belasten und schreibt sogar wörtlich: „Damit droht Düsseldorf unmittelbar nach der Landtagswahl am 13. Mai der Entzug dieser Finanzmittel“. Weiter wird der Eindruck erweckt, dass dem eine offizielle Berechnung des Ministeriums für Inneres und Kommunales zugrunde liegt. Das ist falsch. **Richtig ist:** Wer wie die CDU heute behauptet zu wissen, welche Kommune mit welchem Beitrag in den Solidarpakt einbezogen wird, der betreibt Kaffeesatzleserei. Es gibt keine vom Ministerium berechneten oder bestätigten Zahlen. Erst Mitte 2013 können konkretere Aussagen gemacht werden - vorher ist alles Spekulation.

Fakt ist: Die CDU versucht mit ihrem Brief, einen Interessengegensatz zwischen unserer Stadt und dem Land zu konstruieren. Den gibt es aber nicht. Richtig ist: Düsseldorf hat seit 2010 von der rot-grünen Politik im Land profitiert. Das belegen die folgenden Zahlen:

- Alle Gemeinden bekommen pauschale Finanzzuweisungen, z.B. für die Sanierung von Schulen, den Ausbau von Kitas etc. Der Anteil Düsseldorfs lag 2011 bei 32 Mio. Euro.
- Auch beim Ausbau der Kita-Plätze im U3-Bereich und bei der Befreiung von den Kita-Beiträgen profitiert Düsseldorf von den Maßnahmen der Landesregierung. Für Investitionen in Kindertagesstätten haben wir 5.5 Mio. Euro, für zusätzliche Betreuung (U3-Pauschale) 5,7 Mio. Euro sowie für den Ausgleich für die Elternbeitragsfreiheit in Kitas ca. 5,2 Mio. Euro erhalten.
- Die Offenen Ganztagschulen (OGATA) in Düsseldorf sind vom Land mit 1 Mio. Euro gefördert worden.

Das bedeutet: Düsseldorf hat seit 2010 von allen Maßnahmen der rot-grünen Landesregierung zur Verbesserung der Kommunalfinanzen und beim Ausbau der Kinderbetreuung profitiert. Diese Zugewinne werden immer nur stillschweigend kassiert, darüber reden weder der Oberbürgermeister noch CDU und FDP gerne.



..2

Übrigens: Auch die Belastungen der Kommunen durch die schwarz-gelbe Politik in Berlin möchten CDU und FDP gerne verschweigen. Dabei liegt hier das größte Potential für Entlastungen der Kommunen. Wichtig für Düsseldorf und alle anderen Kommunen wäre es, wenn der von der CDU mitgetragene Landtagsbeschluss, den Bundesanteil an den kommunalen Sozialkosten von 25 auf 50 Prozent zu erhöhen, im Bund endlich umgesetzt wird. Es wird Zeit, dass die CDU-Bundestags- und Landtagsabgeordneten endlich ihre Hausaufgaben machen.

Wir hoffen, mit diesem Brief zur Sachaufklärung beigetragen zu haben. Nordrhein-Westfalen und Düsseldorf sind mit Rot-Grün in der Landesregierung ein ganzes Stück vorangekommen. Jetzt kommt es darauf an, mit einer Mehrheit im Landtag den eingeschlagenen Kurs fortsetzen zu können.

Dafür bitten wir um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

Mit freundlichen Grüßen

Martin-Sebastian Abel (Bündnis90/DIE GRÜNEN)

Walburga Benninghaus (SPD)

Monika Düker (Bündnis90/DIE GRÜNEN)

Stefan Engstfeld (Bündnis90/DIE GRÜNEN)

Karl-Heinz Krems (SPD)

Marion Warden (SPD)

Markus Herbert Weske (SPD)

Astrid Wiesendorf (Bündnis90/DIE GRÜNEN)